

# Medienspiegel Woche 48 / 2015

	Seite
Tagblatt, 23. November 2015 <b>Leserbrief zum HarmoS-Austritt</b>	1
Communiqué Initiativkomitees SZ, 24. November 2015 <b>Das Initiativkomitee SZ macht weiter</b>	2
Zeit-Fragen, 24. November 2015 <b>Erste SOL-Schulen in der Schweiz – ein Warnsignal</b>	4
NZZ, 25.11.2015 <b>Der Lehrplan ist bildungsfern</b>	7
Tages-Anzeiger, 25.11.2015 <b>Sparhammer an Schweizer Schulen</b>	9
Tagesanzeiger, 25.11.2015 <b>Forscher kritisieren fehlende Studien zu Ritalin</b>	12
Medienmitteilung, 27. November 2015 <b>Volksinitiative ZH «Lehrplan vors Volk» eingereicht</b>	14
NZZ, 27.11.2015 <b>Initiative «Lehrplan vors Volk»</b>	15
Appenzeller Volksfreund, 28.11.2015 <b>Leserbrief zum Artikel „Zwischen ‚Schnüerlischreft‘ und Lernkompetenz“</b>	17
Sonntagszeitung, 29.11.2015 <b>Diese Rechnung geht nicht auf</b>	18



Am Freitag, 27. November 2015 hat das Zürcher Initiativkomitee die kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» mit über 12'000 Unterschriften eingereicht – nötig für ein Zustandekommen sind 6'000.

Tagblatt, 23. November 2015

## Leserbrief

### Zum HarmoS-Austritt

Durch Verweigerung der Zulassung einer Gesetzesinitiative mit der Begründung, sie widerspreche den übergeordneten Verpflichtungen aus dem HarmoS-Konkordat, wurde der Verein Starke Volksschule St. Gallen zu seiner Austritts-Initiative gezwungen. HarmoS ist ein Schwindel. Die knappe Zustimmung an der Urne (52,8 Prozent) war nur erreicht worden, weil die Mehrheit der Stimmenenden an eine vernünftige Harmonisierung glaubte: Erleichterungen beim Kantonswechsel von Schülern. Genau dies ist nicht erreicht worden, weil es weder eine Einigung bei den Frühfremdsprachen noch verbindliche Jahresziele bei den Stundenplänen gibt. Dafür wurde ohne Auftrag als Trojanisches Pferd der unsägliche Lehrplan 21 hineingeschmuggelt, eine durch die OECD auf Druck der Amerikaner eingefädelte globale Bildungsreform. Das darauf basierte Konzept des kompetenzorientierten Lernens ist ein weiterer Schwindel, weil gerade die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, für Studien und Berufslehren

absolut unverzichtbar, nicht mehr richtig gelernt werden. Die Kompetenz, einen Rechner zu bedienen, ersetzt so wenig das Kopfrechnen wie die Fähigkeit, ein Wörterbuch zu konsultieren, das Büffeln von Vokabeln ersetzt. Diese Leerlaufreform ist das vorläufige Ende einer Kaskade von kostentreibenden Reformleerläufen und Fehlentscheiden der letzten zwei Jahrzehnte, die alle von Erziehungsdirektoren und ihrer Konferenz durchgewinkt wurden: vom unsäglichen Pfusch der Rechtschreibreform bis zu unbrauchbaren Lehrmitteln, vom selbstgesteuerten Lernen, das Kinder allein lässt und psychisch krank macht, über die Delegitimierung von erklärendem Frontalunterricht bis zum Verzicht auf genügende und regelmässige Übungen und Korrekturen falscher Rechtschreibung. Die Bildungsdirektoren haben den Kredit des Zweifels für Reformen von oben verspielt. Es ist höchste Zeit, dass Kantonsparlament und Volk in der Bildungspolitik das letzte Wort haben. Der HarmoS-Austritt ist ein erster Schritt dazu.

**Markus Eckstein**

Klosterstr. 16, 9403 Goldach

Communiqué *Initiativkomitees Kt. Schwyz*, 24. November 2015

## **Initiative zur Änderung des Volksschulgesetzes – Stopp dem Lehrplan 21**

***Kein Schulumbau gemäss Diktat von oben und aussen – über die Volksschule soll das Volk entscheiden***

### **Das Initiativkomitee macht weiter**

**Auch wenn die Einführung des Lehrplans 21 durch das Bildungsdepartement „*vorangetrieben*“ wird und der Kantonsrat die Initiative für „*ungültig*“ erklärt hat, bleibt das Initiativkomitee aktiv. Das Volk muss abstimmen können. Es ist nicht nur direkt betroffen von der Demontage unserer Volksschule, sondern es muss auch alles bezahlen.**

Gemäss Artikel 9 der Bundesverfassung hat jede Person Anspruch darauf, von den staatlichen Organen ohne Willkür und nach Treu und Glauben behandelt zu werden. Das entsprechende Vertrauen des Initiativkomitees und der mehr als 3'000 Unterzeichner war aber offenbar ein Fehler. Das Bildungsdepartement hat eine demokratische Sachdiskussion nicht zugelassen, obwohl diese unverzichtbar ist. Die Verantwortlichen verweigerten den Initianten das mehrfach ersuchte Gespräch und der Regierungsrat schrieb in seinem Beschluss vom 16. Juni 2015 dazu, es bestehe „*weder Anlass noch rechtliche Verpflichtung zu einer Aussprache.*“

Leider führte die Einreichung der Initiative Mitte Dezember 2014 auch keineswegs – wie von den Initianten beantragt – zur Sistierung der Lehrplan-Einführung. Das Bildungsdepartement hat die Einführung des Lehrplans 21 nach dem Zustandekommen der Initiative weiter „*vorangetrieben*“, als wäre das Volksbegehren zur Mitbestimmung lediglich ein lästiges, unnötiges Störmanöver. Die Art und Weise, wie die Initianten von offizieller Seite dafür öffentlich mehrfach ‚heruntergeputzt‘ wurden, ist stossend.

**Die Initianten weisen die juristische Begründung der Ungültigerklärung als unhaltbar zurück.**

Es dauerte rund ein halbes Jahr, bis die Rechtsberater der Regierung herausfanden, mit welchen juristischen Spitzfindigkeiten die Initiative ungültig erklärt werden könne. Denn noch am 19. Mai 2015 liess Bildungsdirektor Walter Stählin öffentlich verlauten, es seien „*alle Optionen offen: Initiative gültig, Initiative teilweise gültig oder Initiative ungültig.*“

Weder die Rechts- und Justizkommission noch der Kantonsrat sind auf die juristisch bedeutsamen Begründungen in der Stellungnahme<sup>1</sup> eingegangen. Die Initianten wurden – entgegen anderslautender Darstellung durch den Präsidenten der Rechts- und Justizkommission – auch nie dazu aufgefordert, den Initiativtext anzupassen. Eine Beschwerde beim Bundesgericht infolge Willkür und Rechtsverweigerung hat gute Chancen auf Erfolg.

<sup>1</sup> Die Stellungnahme der Initianten zuhanden des Kantonsrates ist nachzulesen auf der Webseite [www.gute-volksschule-schwyz.ch](http://www.gute-volksschule-schwyz.ch) und kann beim Initiativkomitee auch in Papierform angefordert werden.

**Das Anliegen des Initiativkomitees ist weder durch die grossangelegte „*Informations-Offensive*“ des Bildungsdepartements, noch durch die formalistische Begründung der Ungültigkeit der Initiative vom Tisch.**

Die beanstandeten Inhalts- und Systemänderungen folgen dem Diktat der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Sie sind also von aussen gesteuert und nicht aus Bedürfnissen unserer Volksschule entstanden. Der „*Reformstau*“ wurde dem Schweizer Bildungssystem nur angedichtet, um eine wahre Reformflut über Lehrer und Schüler zu ergiessen: Mit Gesetzesänderungen, Verordnungen und Weisungen, die eine sukzessive Verschlechterung des Bildungsstandes am Ende der Schulzeit und enormen Kosten und Bürokratie verursachen.

Viele Lehrer traten mit den Initianten in Kontakt und wiesen auf die vielfältigen Probleme hin, die durch die jahrzehntelangen Schulreformen ausgelöst wurden. Sie leisten Enormes unter immer schwierigeren Bedingungen. Doch sie schweigen gegen aussen, aus Angst vor Mobbing und dem Verlust der Stelle. Die Lehrer brauchen die Hilfe aus der Bevölkerung, um von unnötigem Ballast und Methodenzwängen befreit zu werden und sich wieder ihrer primären Aufgabe des Lehrens und Unterrichtens widmen zu können.

Auch sehr viele Eltern üben ernste Kritik an den Systemänderungen. Sie beklagen die permanente Verunsicherung der Kinder und beschreiben die konkreten Auswirkungen des selbstgesteuerten Lernens, der Kontroll-Manie und Datenspeicherung, der Ideologisierung, der vielen Zusatzbelastungen und Leerläufe. Allzu viele Schulkinder, die damit nicht zurechtkommen, werden im Verlaufe ihrer Schulkarriere fälschlich z.B. mit der Diagnose ADHS / ADS konfrontiert und mit Medikamenten ruhiggestellt.

Den unerwünschten Veränderungen der Volksschule tritt in der ganzen Schweiz ein solidarisches Engagement von Eltern, Lehrern, Kinderärzten, Therapeuten und Bildungswissenschaftlern etc. entgegen. Schon in 13 der 21 Deutschschweizer Kantone wird die Mitbestimmung des Volkes mit politischen Mitteln gefordert, und der Widerstand gegen die OECD-Bildungssteuerung wächst weiter.

**Das Schwyzer Initiativkomitee hat aufgrund der Erfahrungen mit den Bildungsbehörden („*Info-Offensive*“ und „*Vorantreiben des Lehrplans 21*“) erkannt, dass die erste Initiative zu wenig weitreichend war, um durchzusetzen, dass das Volk die Geisterfahrt der Volksschul-Reformen endlich stoppen kann.**

**Somit wird nun eine viel umfangreichere Initiative vorbereitet, die auch den Einfallstoren des Lehrplans 21 via Lehrmittel und Lehrerbildung, Umwandlung der Lehrerrolle zum Coach, Kontroll- und Überwachungssystem und ideologischer Einflussnahme auf die Schule etc. einen Riegel schieben kann.**

Man wird wieder vom Initiativkomitee hören.

Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Initiativkomitees

Mehr dazu:

<http://gute-volksschule-schwyz.ch/> oder <http://nein-zum-lp21.ch/schwyz/>

Zeit-Fragen, 24. November 2015

## Erste SOL-Schulen in der Schweiz – ein Warnsignal

**Kritik am Lehrplan 21 wird bestätigt**

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

*In der Gemeinde Niederhasli (Kanton Zürich) haben sich am 7. November 2015 rund 150 Eltern, Grosseltern, Nachhilfelehrer und andere Bürger auf dem Schulhausplatz zu einer Protestdemonstration gegen die radikale Form des sogenannten «selbstorganisierten Lernens» (SOL) an der Oberstufenschule Seehalde versammelt, die dort seit über zwei Jahren praktiziert wird. Auf Transparenten war zu lesen: «SOL – Seehalde ohne Lehrer» oder: «SOL – Stress Ohnmacht Leiden».<sup>1</sup> Die Eltern fordern, dass ihre Kinder wieder von Lehrern unterrichtet werden.*

*Bereits im Sommer 2014 hatten 12 der 30 Oberstufenlehrer (7.–9. Schuljahr) das zweite Sekundarschulhaus im Schulkreis verlassen, weil dort ab 2016 ebenfalls SOL den lehrergeführten Unterricht ersetzen soll.*

*Mit der geplanten Einführung des Lehrplans 21 habe das nichts zu tun, beteuern die kantonalen Erziehungsdirektoren, dieser lasse auch andere Unterrichtsmethoden zu, so dass die Methodenfreiheit der Lehrer gewahrt bleibe. Wer im Lehrplan 21 auch nur ein paar Seiten gelesen hat, weiss: Das «selbstorganisierte Lernen» ist das Grundprinzip dieses Machwerks. Von Methodenfreiheit keine Spur! Selbstverständlich wissen das auch die Erziehungsdirektoren.*

Eine kurze Informationssendung des Schweizer Fernsehens SRF gibt einen Einblick, mit welcher Schule wir beziehungsweise unsere Kinder unter dem Lehrplan 21 und der dazugehörigen Lehrerbildung in allen Deutschschweizer Kantonen konfrontiert wären. Wer den Film gesehen und gehört hat, versteht, dass es fünf vor zwölf ist: Die Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen findet bereits heute in diese Richtung statt, die Lehrmittel sind in Planung. Wir müssen dieser gefährlichen Entwicklung einen Stopp setzen, lieber heute als morgen.

### **Plastischer Eindruck vom «Unterricht» mit SOL<sup>2</sup>**

Ein Grossraum mit Einzelplätzen, durch Wände abgetrennt von den Nachbarplätzen; im Raum verteilt einzelne Tische mit mehreren Stühlen, einige Sofaecken. Keine Schulklasse, sondern Schüler zwischen 13 und 16 Jahren, altersdurchmisches Lernen. Während der rund sechs Minuten dauernden Sendung bleibt kaum einer der Schüler am selben Platz; einige beschäftigen sich in einer Koje mit ihrem iPad, drei diskutieren an einem Tisch miteinander, ein Lehrer sitzt unbetieilt daneben und studiert seine Unterlagen, andere stehen unter der Türe und sprechen mit einem Lehrer, dann wieder sind hinten im Raum acht oder neun Schüler beieinander, teils sitzend, teils stehend, vier Mädchen lehnen in einer Polstergruppe, eine davon hantiert mit ihrem Laptop, die anderen haben keine Sicht auf den Bildschirm. Ständig laufen einzelne oder mehrere Jugendliche im Grossraum herum. Das iPad, das hauptsächliche Lehr- und Arbeitsmittel jedes Schülers, ist allgegenwärtig. Der Schulstoff ist digitalisiert und kann von den Jugendlichen heruntergeladen werden. Konzentriert mit einer Arbeit beschäftigt scheint kaum jemand zu sein – ein Mädchen in einer Einzelkoje, auf das die Kamera schwenkt, lässt eilig ein paar Blätter unter dem Tisch verschwinden. Niemand weiss, worüber die verschiedenen Grüppchen sprechen: Wird eine Mathe-Aufgabe erklärt oder über das letzte Fussballmatch diskutiert? Einen Überblick über das Tun und Lassen der einzelnen Schüler zu haben, gehört hier offensichtlich nicht zu den Pflichten des Lehrers.

Schulleiter Gregory Turkawka, mit Dreitagebart und lässig umgelegtem Schal, gibt seine «Grundprinzipien» bekannt: «Wenn wir selbstorganisiert lernen, dann möchten wir an und für sich, dass Schülerinnen und Schüler lernen, ihr Lernen zu organisieren. Diese Grundprinzipien bilden wir mit unserem Unterricht ab.»

Eine wahrhaft tief sinnige Aussage! Die Schulleitung schiebt den Jugendlichen ganz einfach die Verantwortung für ihr Lernen und ihren Lernerfolg zu. Das Wort «Unterricht» ist in dieser Schule fehl am Platz: Nur kurze Sequenzen eines «Inputs» liefern die Lehrer. Den Rest der Zeit organisieren sich die Schüler wie gesagt selbst. Wer Fragen hat, muss mit einem Lehrer einen «Termin» ausmachen. Wer den Stoff nicht versteht, hat vielleicht Eltern, die ihn erklären können, oder er braucht Lernhilfe – von den Eltern bezahlt. Oder er verliert den Anschluss.

### ***Systematischer Aufbau – das A und O des Lernens***

Kein systematischer Aufbau des Lernstoffes, das hat Folgen. Selbst einem Hochschulstudenten bleibt es nicht erspart, seine Lerninhalte in einem logischen Aufbau zu lernen – wobei von ihm erwartet werden kann, dass er sich die nötige Unterstützung dazu selbst holt. In der Volksschule ist die geordnete Vermittlung des Stoffes durch den Lehrer unabdingbar, und zwar im Klassenunterricht. Wer nur Fragen stellen darf, aber den Lerninhalt grundsätzlich nicht versteht, gibt bald einmal auf und bleibt schulisch zurück. Es geht hier nicht darum, ob eine Schule «mit der Zeit geht». Selbstverständlich arbeiten Schüler an der Oberstufe, wo es angezeigt ist, mit dem Computer, aber auch diese Phasen müssen vom Lehrer angeleitet sein und eingebettet werden in den Unterricht. Mit Herumgoogeln bleibt wenig haften, wenn nicht bereits ein Fundament besteht. Die Schulbücher abzuschaffen und den gesamten Schulstoff zu digitalisieren, hätte äusserst verhängnisvolle Auswirkungen.

Ebenso wichtig ist die Vertrauensbeziehung zum Lehrer und zu den Mitschülern. Diese kann nicht entstehen, wenn kein reges Hin und Her im Unterricht stattfindet. Sogenannte Fachpädagoginnen, die den lebenswichtigen Klassenunterricht gleichsetzen mit sogenanntem «Frontalunterricht», in dem der Lehrer ausschliesslich doziert und die Schüler zuhören müssen, haben entweder keine Ahnung oder sie lügen: Kein Lehrer unterrichtet heute so. Hier noch eine ganz spezielle Bemerkung zum Sprachunterricht: Eine Sprache kann man mit SOL und iPad überhaupt nicht lernen, auch die Muttersprache nicht. Lesen und schreiben lernt man nur in der Beziehung zu den Mitmenschen.

### ***Boomender Nachhilfeunterricht – und was ist mit denen, die keinen kriegen?***

Die private Nachhilfeschule am Ort hat seit dem SOL an der Sekundarschule Seehalde doppelt so viele Anfragen, weil viele Schüler mit dem Schulstoff massiv im Rückstand sind. Oft muss der Nachhilfelehrer den Stoff noch einmal von Grund auf mit den Kindern erarbeiten.<sup>3</sup> Wie gesagt: Diese ausserschulische Hilfe erhalten nur Kinder, deren Eltern sie bezahlen können.

Was ist mit den anderen? Eine Elternrätin der Schule: «Ich würde sagen, 80 % der Schüler kommen sehr gut durch.» Die SRF-Moderatorin: «Was ist mit den anderen 20 %?» Elternrätin: «Ich würde sagen, die haben einfach sonst Mühe und müssen sich dran herarbeiten, bis sie verstehen, was das heisst, selbständig zu sein.»

Vielleicht ist es hier eher die Elternrätin, die Mühe hat und nicht viel versteht. Aufgabe der obligatorischen Volksschule ist es jedenfalls, alles dafür zu tun, dass jedes Kind in 9 Schuljahren die schulischen Grundlagen erwerben kann, die es für sein Leben braucht. «Chancengleichheit» sagt man dem – es ist an der Zeit, dass wir dieses echt soziale Anliegen wieder durchsetzen an unseren Schulen, statt die Kinder, die bei dieser ganzen Individualität abhängen, mit irgendwelchen Diagnosen abzustempeln und von den Lernzielen «zu befreien».

### ***SOL als Vorbereitung auf das Berufsleben? Jo chasch danke!***

In der Schule Seehalde gibt es keinen Stundenplan, auf dem ersichtlich ist, welche Schulfächer gelernt werden: «Kein spezifisches Fach steht an diesem Morgen auf dem Stundenplan», so die Fernsehmoderatorin, «sondern jeder Schüler arbeitet für sich, genau so, wie er es später auch im

Beruf können muss. Das ist die Idee des individualisierten Unterrichts und des selbstorganisierten Lernens, die Vision des Schulleiters.» [Hervorhebung Zeit-Fragen] Das dazu passende Bild: Ein Schüler auf einem Sofa, mit hochgelegten Beinen und seinem iPad. *Genau so, wie er es später auch im Beruf können muss?*

Ein 15jähriger Schüler: «Man kann wirklich eigentlich selber sagen, was man lernt. Jedoch gibt es schon ein paar Sachen, die einem der Lehrer vorschreibt, die obligatorisch sind. Aber man hat einfach sehr viel Freiheit.»<sup>4</sup> Eine Lehrerin: «Zu sehen, dass die Schüler wirklich Spass am Lernen haben, ist den Aufwand wert.»<sup>5</sup>

Was braucht es denn als Vorbereitung auf das Berufsleben? Selber sagen zu können, wozu man gerade Lust hat? Nur das zu tun, was einem Spass macht? Pause machen zu können, wann man will? Das Leben ist keine Dauerparty! Wer solcherlei Visionen mit Experimenten an unseren Kindern auslebt, sollte sich einen anderen Job suchen. Denn er lässt wissentlich zu, dass die Jugendlichen, die in der Oberstufe mehr oder weniger das machen konnten, was sie wollten, bei der Lehrstellensuche auf die harte Realität des Berufslebens stossen werden. Wie viele von ihnen werden scheitern? Bereits heute brechen immer mehr Jugendliche die Lehre vorzeitig ab. •

1 Quellen: SRF, Schweiz aktuell vom 9.11.2015;

Zürcher Unterländer, «Eltern demonstrieren gegen selbstorganisiertes Lernen» vom 8.11.2015

2 Quelle: SRF, Schweiz aktuell vom 6.11.15,

«Selbstorganisiertes Lernen in Niederhasli sorgt für Unmut», [www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/selbstorganisiertes-lernen-in-niederhasli-sorgt-fuer-unmut](http://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/selbstorganisiertes-lernen-in-niederhasli-sorgt-fuer-unmut)

3 SRF, Schweiz aktuell vom 6.11.2015, «Selbstorganisiertes Lernen in Niederhasli sorgt für Unmut»

4 SRF, Schweiz aktuell vom 6.11.2015, «Selbstorganisiertes Lernen in Niederhasli sorgt für Unmut»

5 «Die Revolution von Niederhasli», Sonntagszeitung vom 25.10. 2015

6 vgl. [www.sol-institut.de/](http://www.sol-institut.de/)

NZZ, 25.11.2015

## Lehrplan 21

# Der Lehrplan ist bildungsfern

**Der Lehrplan 21 ist ein Hilferuf! In ihm manifestiert sich die Unfähigkeit, nicht mehr in Worte zu fassen, was Bildung denn tatsächlich ist.**

Gastkommentar von Laura Saia

Der Lehrplan 21. Wie viel musste er bis anhin über sich ergehen lassen? Kritik von allen Seiten. Man mag ihn nicht, zumindest mehrheitlich nicht. Als Hauptargument hört man in Bildungskreisen gegenwärtig die Kritik, der Lehrplan sei «unrealistisch», demnach nicht umsetzbar. Die Mehrheit der Schüler würden diesen Berg an Lernzielen nicht erreichen.

Diese Kritik ist falsch, denn auf diese Weise suggerieren die Kritiker, dass es richtig sei, überhaupt einen solchen kataloghaften Lehrplan zu haben, der sämtliche Lernziele – seien sie kognitiver, emotionaler oder sozialer Natur – umfasst, welche sich Schülerinnen und Schüler während der Volksschulzeit aneignen müssen. Ein Lehrplan ist ein bürokratisches Planungs- und Orientierungsinstrument, keine technische Anleitung durch die Schulzeit, kein Katalog von Lernzielen, keine Bedienungsanleitung für noch ungebildete menschliche Wesen.

Nicht in der unrealistischen Umsetzung der Lernziele liegt das besorgniserregende Problem des Lehrplans 21, sondern vielmehr in der Idee von Bildung und Erziehung, die nun plötzlich derart technisch und katalogisiert, nahezu seriell elaboriert daherkommt, ähnlich einem humanmedizinischen Handbuch, in dem der Arzt Symptome des erkrankten Patienten nachschlagen kann. Es ist diese mechanische und indexhafte Art und Weise, wie sich Ideen von Bildung und Schule in diesem neuen Lehrplan manifestieren, die derart falsch und beängstigend sind. Mit dem Lehrplan 21 verkommt der Begriff der Bildung zu einem technischen Konzept von Sich-Bilden und Gebildet-Sein. Er ist die Negierung von humanistischen Bildungsidealen, wie jenen der Aufklärung, in der es darum ging und nach wie vor geht, den Menschen in seinen geistigen Zügen ganzheitlich zu formen. Er vermittelt eine Idee von Bildung, die darauf ausgerichtet ist, Menschen zu für den Markt kompetenten Wesen heranzubilden, welche sich dann darin optimal bewegen können.

In Bildungskreisen hat man teilweise den Eindruck, der neue Lehrplan sei modern, fortschrittlich, eine pädagogische Innovation, weil er derart aufwendig und kompliziert erarbeitet wurde. Er umfasst viel Text, er gleicht einer Mini-Bibliothek. Man gestaltet aufwendige Powerpoint-Präsentationen, um in Seminaren und Weiterbildungen über ihn zu reden, ihn anderen zu erklären. Sogenannte Bildungsexperten machen Werbung für ihn, ähnlich einem Verkäufer von neuen Gemüserüst-Geräten an einer Messe.

Doch nur wenn wir vergessen oder verkennen, welche Bedeutung Bildung in ihrem Ursprung hat, greifen wir zu Mitteln wie der technokratischen Elaboration eines neuen Lehrplanes mit über 400 Kompetenzen. Eine kataloghafte Auflistung von über zehn Kompetenzen im Bereich der Literatur im Deutschunterricht zum Beispiel ist Beweis dafür, dass wir im Grunde genommen vergessen haben, was Literatur ist und welche wunderbare Bedeutung sie für Schule und Unterricht, ja für die Bildung eines jungen Menschen im humanistischen Sinne hat.

Wir kompensieren diesen Verlust, indem wir minuziös auflisten, was im Literaturunterricht gelehrt und gelernt werden muss. Der Lehrplan 21 ist ein Hilferuf! In ihm manifestiert sich die Unfähigkeit, nicht mehr in Worte zu fassen, was Bildung denn tatsächlich ist. Wir füllen Seiten mit vermeintlich gescheiten Überlegungen, dabei fehlt uns die Sprache.

Der Lehrplan leidet – um in den Worten von modernen Pädagogen zu sprechen – in erbärmlichster Art und Weise unter «Bildungsferne»! Nur wer die Orientierung verliert, muss derartige Listen verfassen. Er zweifelt zudem in massivster Art und Weise an der Fähigkeit der Lehrpersonen, guten Unterricht zu leisten und Kindern und Jugendlichen die Welt zu erklären und sie zu mündigen Menschen heranwachsen zu lassen. Eine Gesellschaft, welche überzeugt ist, gute, intelligente Lehrpersonen auszubilden, muss diesen keinen Katalog an Bildungszielen vor die Nase halten, damit sie ja nicht vergessen, was sie den Schülern noch beibringen müssen. Wir Lehrpersonen brauchen kein Handbuch, in dem geschrieben steht, dass der Schüler in einem schwierig zu verstehenden Text Wichtiges anstreichen können muss, damit ihm das Lesen erleichtert wird.

Der Lehrplan 21 hat die Bildung in technischster Weise determiniert und sich so fast gänzlich von ihrem Ursprung entfernt. Wo bleibt denn zwischen all den Kompetenzen noch Zeit und Raum, sich von seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien? Es ist Zeit, Kant wieder einmal auf die Schulter zu klopfen, bevor wir noch glauben, es sei richtig, dass im Lehrplan irgendwann Dinge stehen wie: «Der Schüler kann sich mit eigener Muskelkraft ins Schulzimmer begeben, seinen Platz einnehmen und allenfalls Schreibmaterial hervornehmen.»

Wir müssen wieder Licht ins Dunkle bringen, und dies nicht mit dem grellen Licht aufwendiger Powerpoint-Präsentationen in einem dunklen Seminarraum.

Laura Saia ist Sekundarlehrerin in Winterthur.

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/der-lehrplan-ist-bildungsfern-1.18652254>

### **Leserbrief zum „bildungsfernen“ LP 21 von Laura Saia**

Mich wundert, dass sich bis jetzt so wenig Betroffene zum Lehrplan 21 geäußert haben, beginnen doch jetzt landauf - landab die Schulungen der Lehrer. Wohltuende, mutige und fundierte Ausnahme ist der Gastkommentar von der Kollegin Laura Saia. Der Lehrplan ist eine Beleidigung nicht nur für die Schüler, sondern auch für jeden ernsthaften Pädagogen. Die Experten, die ihn feilbieten und auf Teufel komm raus an den Mann bzw. Frau bringen müssen, sind unter Druck. Die Gelder, die dieses (lange Jahre im Geheimen fabrizierte) voluminöse und klar wirtschaftsorientierte Gebilde bis jetzt verschlungen haben, zwingen die Macher und offensichtlich auch die Politik gegenwärtig zu immer ausgefalleneren Strategien, die gegnerischen Argumente abzuwürgen und Abstimmungen in den Kantonen zu verhindern. Mahnende Stimmen aus der Erziehungswissenschaft werden längst nicht mehr gehört. Beharrlich setzen die Verfechter dieses Lehrplans ihren Weg fort, unterstützt von einflussreichen Kreisen aus Politik und Verwaltung. Hier scheint es nicht mehr um die Sache zu gehen. Dieser Lehrplan 21 gehört schleunigst entsorgt, denn noch ist die bewährte Volksschule und damit eine Volks-Bildung, die diesen Namen verdient, noch nicht ganz aus unseren Schulen verschwunden.

Wolfgang van Biezen, Schwarzenbach, den 25.11.2015  
Schulischer Heilpädagoge und Sekundarlehrer

Tages-Anzeiger, 25.11.2015

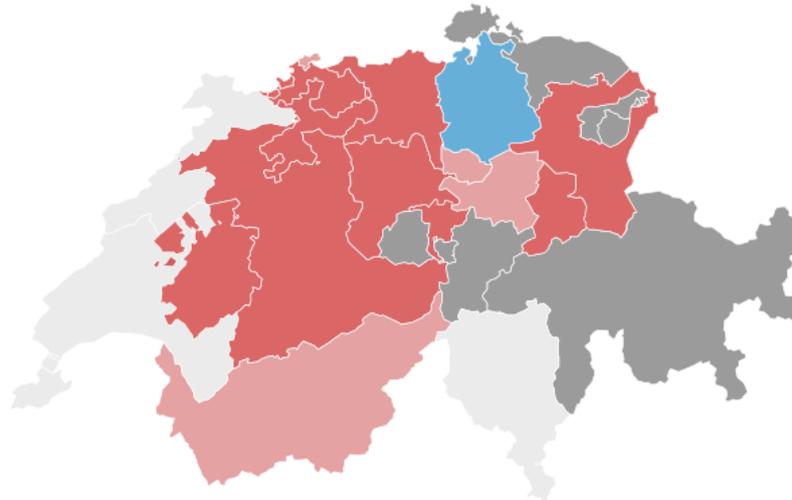
## Sparhammer an Schweizer Schulen

Die Kantone streichen eine halbe Milliarde Franken bei der Bildung. Die Recherche zeigt, wo und wie viel gespart wird.

### Sparmassnahmen in der Bildung

Klicken Sie auf die gewünschte Kategorie, um die Karte neu einzufärben. Fahren Sie mit der Maus über die Kantone, um die Mindestbeträge der jeweiligen Kürzungen anzuzeigen. In den hellrot eingefärbten Kantonen gibt es Einsparungen, es liegen aber keine konkreten Zahlen vor.

Löhne | Klassengrösse | Musikunterricht | Spezialklassen | Förderangebot | Unterrichtsabbau



Keine Daten erhoben | Keine konkreten Zahlen vorhanden | Sparmassnahmen bekannt | Keine Sparmassnahmen  
 \* **Zürich** Konkrete Abbaumassnahmen noch unbekannt. Gemäss Angaben der Zürcher Bildungsdirektion muss ab 2016 bis 2019 jährlich insgesamt 49 Millionen gespart werden.

Quelle: Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz ([Hier klicken](#) für die Vollbildansicht der Karte)

Von Anja Burri

Die Kantone müssen sparen. Und sie tun das immer häufiger auch bei der Bildung. Eine Erhebung des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) bei seinen kantonalen Mitgliederorganisationen zeigt: Zwischen 2013 und 2015 haben die Deutschschweizer Kantone mindestens 265 Millionen Franken im Bildungsbereich eingespart. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind sogar noch umfassendere Abbaumassnahmen von mindestens 536 Millionen Franken geplant. Von 21 befragten kantonalen Lehrerorganisationen meldeten 20 Sparmassnahmen bei der Bildung. Noch nicht enthalten sind in diesen Berechnungen Sparziele, die erst angedacht worden sind – zum Beispiel [will der Kanton Zürich ab 2016 bis 2019 jedes Jahr insgesamt 49 Millionen Franken bei der Volksschule, den Mittelschulen und der Berufsbildung sparen](#). Nicht erfasst sind auch die Sparmassnahmen der einzelnen Gemeinden. «Könnten wir wirklich alle Sparmassnahmen berechnen, würden wir für die Jahre 2013 bis 2018 wohl die Milliardengrenze erreichen», sagt Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des LCH.

Der Verband hat nun erstmals die Abbaupläne der Kantone im Detail analysiert. Die Zusammenstellung zeigt, dass die Art und Weise, wie die Kantone bei der Bildung sparen, sich verändert. Bisher schraubten die Kantonsparlamente zum grössten Teil an den Anstellungsbedingungen der Lehrer. Es traf die Löhne, die Pensen, die Weiterbildungen oder die Pensionskassen der Staatsangestellten. «Die Zitrone bei den Lehrern ist nach jahrelangen Sparübungen ausgepresst. Dennoch müssen sie auch in den nächsten drei Jahren mit weiteren 240 Millionen Franken Abbaumassnahmen rechnen», sagt Peterhans. Ab dem nächsten Jahr verschiebt sich allerdings das

Sparverhältnis. Künftig wird am meisten bei den Unterrichtsbedingungen gespart. Dort werden bis 2018 mindestens 254 Millionen abgebaut – das ist fast die Hälfte des in den Kantonen geplanten Sparbetrags von 536 Millionen Franken. Konkret bedeutet das Einschränkungen bei Förderangeboten für schwache wie auch für besonders begabte Schüler, die Streichung von Halbklassenunterricht, grössere Klassen oder einen radikalen Abbau bei Freifächern und sogar bei einzelnen Pflichtfächern.

### **Aargau spart bei Migranten**

Im Aargau trifft es das Fach «Deutsch als Zweitsprache». In den nächsten vier Jahren sollen bei diesem Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund rund 11 Millionen gespart werden. Das sei kontraproduktiv, sagt Kathrin Scholl, stellvertretende Geschäftsführerin des Aargauer Lehrerverbands. Würden die schwächsten Kinder ungenügend unterstützt, gefährde dies deren Integration ins Schulsystem. Die Folge seien schulische und soziale Probleme.

Einen Einschnitt soll es auch bei der Stundentafel der Aargauer Primarschüler geben. Die Folge: Der Halbklassenunterricht wird stark eingeschränkt. Zudem werde es in vielen Klassen nicht mehr möglich sein, ein Vollpensum zu unterrichten, sagt Scholl. Um den Halbklassenunterricht zu retten, haben Bildungs- und Finanzpolitiker eine neue Sparidee lanciert. Sie schlagen vor, den Englischunterricht an der Primarschule in der 3. und der 4. Klasse zu streichen. Ein Teil der Befürworter dieser Idee hofft, dass die Aargauer Schüler dafür ab dem Schuljahr 2020/21 in der 3. Klasse mit Frühfranzösisch beginnen können. Der Grosse Rat entscheidet voraussichtlich am 1. Dezember.

Es könnte auch der Tag der Entscheidung für die Bildung im Kanton Luzern werden. Der Luzerner Kantonsrat beginnt seine Beratungen zum Finanzplan am 30. November. Die Regierung schlägt unter anderem vor, die Fachklasse Grafik, die als eine der renommiertesten Kunstgewerbeschulen des Landes gilt, zu schliessen. Weiter sollen die rund 20 000 Kantons- und Berufsschüler eine Woche mehr Ferien beziehen. Und die Eltern von Mittelschülern sollen höhere Schulbeiträge zahlen müssen.

Nicht nur Luzern möchte die Eltern stärker zur Kasse bitten. Verschiedene Kantone wollen nun die Kosten für den Musikunterricht an den Gymnasien auf die Eltern abwälzen. Andernorts werden die Beiträge an Schullager gekürzt.

Im Kanton Thurgau beschloss das Kantonsparlament vergangene Woche einen Gesetzesartikel, der die Eltern fremdsprachiger Kinder betrifft. So können Schulen künftig einen Teil der Kosten für die Deutschnachhilfe den Eltern verrechnen. Die Regelung betreffe nur «besondere Fälle», heisst es bei der Thurgauer Bildungsdirektion auf Anfrage: nämlich jene Eltern, die über längere Zeit die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Kinder vor dem Schuleintritt Deutsch lernen zu lassen. Im Thurgau versteht man die Regelung nicht primär als Spar-, sondern als «Integrationsmassnahme».

Nicht immer erzielen die von der Politik beschlossenen Sparmassnahmen die beabsichtigte Wirkung. Im Kanton Bern müssen derzeit 300 Vollzeitstellen auf allen Schulstufen abgebaut werden. Dafür wurde mit dem Sparprogramm 2014 die minimale Anzahl Schüler pro Klasse erhöht. Auf dem Land führte dies zu Klassenschliessungen. Aber nicht nur: «Um dies zu verhindern,

sparten die Schulen anderswo und bauten zum Beispiel ihr Freifachangebot ab», sagt Christoph Michel vom Verband Lehrerinnen und Lehrer Bern.

### **Lehrer organisieren Protest**

In vielen Kantonen organisieren die Lehrerverbände derzeit Protestaktionen. Beraten die Kantonsparlamente die Sparpakete, kommt es zu Demonstrationen. Die Baselbieter Lehrer streben eine Musterklage gegen pauschale Lohnkürzungen an. Und in Luzern haben die Lehrer die «Luzerner Allianz für Lebensqualität» mitbegründet. Diese hat drei Volksinitiativen für den Erhalt des Service public in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verkehr lanciert. Die Lehrpersonen müssten der Öffentlichkeit klarmachen, dass derzeit ein Bildungsabbau im Gang sei, sagt Franziska Peterhans. «Zahlen in einem Sparpaket sind eines. Dahinter sind aber konkret Kinder, Eltern, Lehrpersonen, Gemeinden und die ganze Gesellschaft betroffen», sagt sie.

Auch der Politik mache das Sparen bei der Bildung keinen Spass, sagt der Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und baselstädtische Bildungsdirektor Christoph Eymann (LPS). In einigen Kantonen habe man lange versucht, die Schulen zu schonen. «Nun ist der Druck zu gross geworden», sagt er. Als EDK-Präsident stehe es ihm aber nicht zu, die einzelnen Sparmassnahmen in den Kantonen zu beurteilen.

<http://www.derbund.ch/schweiz/standard/abbau-auf-kosten-der-schueler/story/20212060>

Tagesanzeiger, 25.11.2015

## Forscher kritisieren fehlende Studien zu Ritalin

**Die Wirkung von Psychostimulanzien wie Ritalin ist schlecht belegt. Das zeigt nun eine umfassende Analyse durch renommierte Wissenschaftler.**



Studien zu Psychostimulanzien wie Ritalin sind zu 40 Prozent industriefinanziert. Bild: Keystone

Seit über 50 Jahren werden Psychostimulanzien mit dem Wirkstoff Methylphenidat geschluckt. Anfangs ausschliesslich als Ritalin, heute existiert eine ganze Palette gleichartiger Medikamente zur Behandlung von ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung). Ärzte verweisen oft auf diesen langen Zeitraum als Beleg für die Wirksamkeit und Unbedenklichkeit dieser Medikamente.

Doch dies ist ein Missverständnis. Das zeigt eine neue Analyse aller verfügbaren kontrollierten Studien durch die renommierte Cochrane Collaboration, ein weltweites Netz von Fachleuten, die mit systematischen Übersichtsarbeiten die Wirksamkeit von medizinischen Therapien bewerten. Ihr Fazit: Die Studienlage bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Methylphenidat ist dünn und wenig aussagekräftig.

### Wenig Vertrauen in die Befunde

Die Cochrane-Fachleute analysierten 185 Studien mit insgesamt über 12'000 Kindern und Jugendlichen, die ein diagnostiziertes ADHS hatten. Dabei fanden sie eine moderate Verbesserung typischer ADHS-Symptome, des allgemeinen Verhaltens sowie der Lebensqualität durch Methylphenidat. Und sie bestätigten Schlafprobleme und Appetitverlust als Nebenwirkungen.

Doch die 18 Forscher um den dänischen Psychiater Ole Jakob Storebø haben wenig Vertrauen in diese Befunde. In den Studien, von denen fast 40 Prozent industriefinanziert waren, konnte nicht ausgeschlossen werden, dass die Probanden wussten, ob sie den Wirkstoff, ein Placebo beziehungsweise keine Behandlung erhielten. Dies kann Resultate stark verfälschen. Ausserdem bemängeln die Forscher unter anderem in vielen Studien unvollständige Angaben.

### Nicht unüberlegt absetzen

Aussagen zu Langzeiteffekten ist den Cochrane-Forschern nicht möglich. Die Studien untersuchten im Durchschnitt einen Behandlungszeitraum von nur 75 Tagen, je nach Studie von 1 bis 425 Tagen. Die Auswertung mache deutlich, dass es längere und qualitativ bessere Studien brauche, um die Wirkung von Methylphenidat zuverlässiger bestimmen zu können, wird Storebø in einer Mitteilung zitiert. Co-Autorin Camilla Groth fordert Ärzte dazu auf, dass sie bei der Verschreibung von Psychostimulanzien die schlechte Beweislage berücksichtigen und die Behandlung sorgfältig überwachen sollten. «Einige Patienten mögen profitieren, aber wir wissen immer noch nicht, welche», so Groth.

Die Cochrane-Forscher warnen vor Überreaktionen. Familien und Behandler sollen Medikamente jetzt nicht unüberlegt absetzen. «Wenn die Behandlung bei einem Kind oder Jugendlichen

einen Nutzen ohne negative Auswirkungen bringe, dann dürften die Voraussetzungen vorhanden sein, die Behandlung fortzusetzen», fügt Morris Zwi, ebenfalls Co-Autor, hinzu.

In der Schweiz gehen Berichte des Bundes und des Kantons Zürich davon aus, dass im Jahr 2012 1 bis 2,4 Prozent aller Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahren Ritalin und andere Psychostimulanzien eingenommen haben. Umgerechnet sind dies landesweit bis zu 17'000 Kinder. Die Zahlen könnten allerdings noch höher liegen. Darauf deutet der Vergleich mit Deutschland, wo die Menge Methylphenidat pro Kopf halb so hoch ist.

<http://www.tagesanzeiger.ch/wissen/medizin-und-psychologie/forscher-kritisieren-fehlende-studien-zu-ritalin/story/14058251>

Medienmitteilung Komitee «Lehrplan vors Volk», 27. November 2015

## Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» eingereicht

*Am Freitag, 27. November 2015 hat das Initiativkomitee die kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» mit über 12'000 Unterschriften eingereicht – nötig für ein Zustandekommen sind 6'000. Die Initiative fordert, dass zukünftig das Kantonsparlament den Lehrplan beschliessen muss und das Volk die Möglichkeit zum Referendum hat. Eine solche Änderung bedeutet mehr Mitsprache in der Bildungspolitik, was die Akzeptanz des Lehrplans in der Bevölkerung erhöht. Mit der geplanten Umsetzung des «Lehrplan 21» wird die Volksschule massiv umgebaut, was demokratisch legitimiert sein soll. Mit der Einführung des neuen Lehrplans muss entsprechend bis zum Entscheid über die Initiative zugewartet werden.*

Anita **Borer**, Vertreterin des Initiativkomitees und SVP-Kantonsrätin, freut sich über das erfreuliche Unterschriftenresultat: «Wir konnten die erforderliche Anzahl Unterschriften weit übertreffen und mehr als doppelt so viele einreichen, wie für ein Zustandekommen nötig wären. Es zeigt, dass die Bevölkerung das Bedürfnis hat, bei wichtigen Änderungen in der Bildungspolitik mitzubestimmen und dass nun mit der Einführung des neuen Lehrplans bis zum Entscheid über die Initiative zugewartet werden muss.»

Der Lehrplan 21, der demnächst im Kanton Zürich eingeführt werden soll, ändert das Schulwesen fundamental. Mit dem Lehrplan 21 sollen keine Inhalte, sondern unzählige umständlich formulierte ‚Kompetenzen‘ vermittelt werden. Diverse bewährte Strukturen wie z.B. das Klassenlehrersystem würden langsam verschwinden und umstrittenen Reformen wie beispielsweise dem selbstentdeckenden Lernen, der vom Zürcher Volk abgelehnten Grundstufe usw. würde ohne Mitsprache des Volkes der Weg geebnet.

Zudem wird die verfassungsmässig zugestandene Bildungshoheit der Kantone untergraben. Andri **Silberschmidt**, Stellvertreter des Initiativkomitees und Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, legt Wert auf ein föderales Bildungssystem: «Es hat sich in der Vergangenheit bewährt, dass die Kantone einen für ihre Situation zugeschnittenen Lehrplan hatten. Es gibt kein akutes Problem, das die Zentralisierung der Lehrpläne und die Gleichmacherei der kantonalen Bildungspolitik rechtfertigt.»

Für **Borer** ist klar: «Wir wollen kein Bürokratiemonster, das durch seine umfassende Form, unklare Formulierung und nach sich ziehenden Weiterbildungen Lehrerinnen und Lehrer noch mehr administrativ absorbiert. Wir wollen einen guten, verständlichen Lehrplan, der den Lehrkräften eine Stütze im Unterricht ist und womit Inhalte vermittelt werden, die unsere Kinder bestmöglich auf das gesellschaftliche Leben vorbereiten. Der Lehrplan 21 zielt in die falsche Richtung. Er stützt sich auf Reformen, die in der Bevölkerung höchst umstritten sind. Deshalb ist für uns klar: Das Volk muss hier das letzte Wort haben».

<http://www.lehrplan-vors-volk.ch/willkommen/initiative-eingereicht/>

NZZ, 27.11.2015

## Initiative «Lehrplan vors Volk»

### Das letzte Wort dem Volk?

Am Freitag ist die Zürcher Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» mit 12 050 Unterschriften eingereicht worden. Fast genau zur gleichen Zeit hat der Bildungsrat den Fahrplan für die Einführung des Lehrplans 21 ab 2018 bekanntgegeben.

von Walter Bernet



*Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees um die junge SVP-Kantonsrätin Anita Borer (3. von links) präsentieren die Schachteln mit den 12 050 für die Initiative "Lehrplan vors Volk" gesammelten Unterschriften. (Bild: wbt. / NZZ)*

Hinter der Zürcher Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» steht als treibende und koordinierende Kraft die junge Ustermer SVP-Kantonsrätin Anita Borer. Ihre Arbeit hat jetzt Erfolg gezeitigt. Zusammen mit Mitgliedern des Komitees hat sie am Freitagvormittag der Staatskanzlei 12 050 Unterschriften für die Initiative übergeben können, ungefähr doppelt so viele, wie gesetzlich gefordert wären.

Borer wird unterstützt von einem ziemlich heterogenen Komitee, in dem die Junge SVP mit Präsident Pascal Theiler vertreten ist, aber auch die Jungfreisinnigen mit Präsident Andri Silberschmidt. Dazu kommen zum Beispiel SVP-Kantonsrat Matthias Hauser, die EDU-Kantonsräte Hans Peter Häring und Michael Welz, der ehemalige EVP-Kantons- und Bildungsrat Hanspeter Amstutz, der Kinderarzt Hannes Geiges und Markus Erb, Präsident des Vereins «Bürger für Bürger», welcher Verbindungen zur Auns, zur «Schweizerzeit», zu Pro Libertate und zum Umfeld des früheren Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM) aufweist.

## ***Lehrplan-21-Fahrplan steht***

Die Initiative fordert, dass Lehrpläne vom Kantonsrat zu genehmigen und dem fakultativen Referendum zu unterstellen seien. Hintergrund ist die diffuse, von staatspolitisch-föderalistischen, bildungspolitischen und pädagogischen Vorbehalten genährte Kritik am neuen Lehrplan 21 der Deutschschweizer Kantone, dessen Einführung in den deutsch- und mehrsprachigen Kantonen anrollt oder bereits begonnen hat.

Pikant: Nur eine gute Stunde vor der Einreichung der Unterschriftenbögen hat der Bildungsrat seinen Beschluss zu den Eckwerten der Einführung des Lehrplans 21 publiziert. Das im Kanton Zürich nach wie vor für die Erlassung von Lehrplänen zuständige Gremium hält also am neuen Lehrplan unbeirrt fest. So hat der Bildungsrat entschieden, den Lehrplan 21 im Kindergarten und in den ersten fünf Primarklassen auf das Schuljahr 2018/19 einzuführen. Ein Jahr später sollen dann auch die anderen Klassen der Volksschule nach den neuen Leitplanken unterrichtet werden.

Im nächsten Frühling findet zu seinen Inhalten und zur neuen Lektionentafel nochmals eine Vernehmlassung statt. Zeugnisse und Beurteilungen mit Noten werden erhalten bleiben. Die verbleibende Zeit wird für Weiterbildungen und Vorbereitungsarbeiten in den einzelnen Schulen genutzt.

## ***Zuerst über Initiative befinden***

Gar nicht einverstanden mit diesem Vorgehen ist Anita Borer. Die Einführung des Lehrplans 21 müsse sistiert werden, bis über die Volksinitiative abgestimmt sei. Aus ihrer Sicht ist das kein Problem. Der gegenwärtige Zürcher Lehrplan sei ja gut.

Der Initiative kommt allerdings rechtlich keine aufschiebende Wirkung zu. Der Regierungsrat hat jetzt sechs Monate Zeit, um die Gültigkeit bzw. Ungültigkeit der Initiative festzustellen. Danach stellt er Antrag an den Kantonsrat, der die Initiative materiell behandelt. Diese muss spätestens 30 Monate (mit einem allfälligen Gegenvorschlag 36 Monate) nach der Einreichung dem Volk unterbreitet werden. Zur Abstimmung kommt es also, kurz bevor die ersten Klassen nach dem Lehrplan 21 unterrichtet werden.

<http://www.nzz.ch/zuerich/einfuehrung-des-lehrplans-21-sistieren-1.18653844>

Appenzeller Volksfreund, 28.11.2015

## **Leserbrief**

### **zum Artikel „Zwischen ‚Schnüerlischreft‘ und Lernkompetenz“**

vom [Appenzeller Volksfreund, 24.11.2015](#)

Der ausführliche Bericht bedarf meiner Meinung nach noch gewisser Ergänzungen. Vorerst erstaunt der erstellte Zusammenhang mit der Bildersammlung von Dr. Christoph Blocher. Dieser Zusammenhang ist weit hergeholt und hat nichts mit dem Vortragsabend zu tun.

Im Untertitel steht „Mehrheit des Publikums opponierte“. Ich habe eher gesehen, dass die Mehrheit des Publikums still war und staunte. Dieses Erstaunen setzte meiner Meinung nach schon während des Referats von Frau Dr. Judith Barben ein. Ihre Ausführungen, zu welchen der schreibende Journalist das Manuskript mit allen Quellenangaben erhielt, enthielten viele Punkte, die schockten und erstaunten. Es ist schlimm, was man künftigen Schüler-Generationen antun will und teilweise heute schon den Kindern antut. Nachher staunte die Mehrheit der Anwesenden wahrscheinlich über die Tonart, die von einigen Zuhörern angeschlagen wurde. Wenn diese Tonart auch in den Schulen Einzug hält, gibt es einen zusätzlichen Grund unsere Kinder zu bedauern. Auffallend vielleicht auch, dass sich eigentlich nur Personen für den Lehrplan 21 äusserten, die eine klare Verbindung zur öffentlichen Hand haben, sei es als Angestellter oder Politiker.

Gegen den Lehrplan 21 äusserte sich eine Mutter, die wie im Artikel erwähnt schon heute teils schlechte Erfahrungen macht in der Schule. Auch zeigte ein Berufsschullehrer auf, welche gravierenden Rückschritte er bei den Lehrlingen im Bereich der Mathematik in den letzten Jahren feststellen musste. Seine Analyse des Mathematik-Bereichs im Lehrplan 21 umschrieb er mit der Aussage, dass wir mit dem Lehrplan 21 noch viel mehr Fachkräfte aus dem Ausland benötigen werden.

Was ich leider vermisste in der Diskussion, waren Argumente für den Lehrplan 21. Allein dass Innerrhoden nicht so funktioniere, kann ja nicht ein Grund sein, einen in vielen Kantonen kritisierten Lehrplan einfach einzuführen. Auch die Aussage des Leiters des Volksschulamts, man werde den Lehrplan pragmatisch handhaben, heisst nichts Klares. Für mich bedeutet dieses „pragmatisch“, dass man viel Schlechtes im Lehrplan 21 geortet hat und versuchen wird, nur das sicher auch vorhandene Gute umzusetzen. Dies könnte ja jetzt eventuell funktionieren, aber weder der Leiter des Amts für Volksschule noch unser Erziehungsdirektor werden immer im Amt sein – und wie ein Nachfolger das umsetzen will, weiss heute niemand. Die Initiative „Für eine starke Volksschule“ ist die einzige erkennbare Möglichkeit, dass der Stimmbürger im Bereich des Schulstoffes überhaupt eine Mitsprache haben kann – und das braucht es zum Wohl künftiger Generationen und zur Erhaltung unseres wichtigsten Rohstoffes, der Bildung.

Paul und Ursula Bannwart.

Sonntagszeitung, 29.11.2015

## Diese Rechnung geht nicht auf

**Nach der Kritik aus konservativen Kreisen kommt jetzt die Kampfansage der Linken: Für sie ist der Lehrplan 21 praxisfern, viel teuer und politisch nicht legitimiert**

**Prominente Vertreter sind die Basler Ständerätin Anita Fetz, der Bieler Lehrer und GLP-Politiker Alain Pichard, die Erziehungswissenschaftler Walter Herzog und Roland Reichenbach, der Kinderarzt Remo Largo und der Publizist Beat Kappeler.**

von Nadja Pastega, Armin Müller



zu

**Bern** Bisher kam der Widerstand nur von rechts, jetzt wird der Lehrplan 21 auch von links unter Beschuss genommen. Neben der SVP gibt es neu eine Opposition von einer Gruppierung aus SP-Politikern, linksliberalen Lehrern und Professoren, die eine 30-seitige Streitschrift lanciert haben. Sie fordern, die radikale Schulreform dürfe nicht ohne demokratische Debatte durchgepaukt werden.

Jetzt wird sogar Remo Largo ungeduldig. Der berühmteste Schweizer Erziehungsratgeber, Kinderarzt und Buchautor sagt: «Es ist höchste Zeit für das Eingeständnis, dass wir einen kostspieligen und nicht kindgerechten pädagogischen Irrweg eingeschlagen haben.» Kam die Opposition gegen den Lehrplan 21, das neue Regelwerk für die Schulen der Deutschschweizer Kantone, bisher in erster Linie aus der SVP, formiert sich nun auch breiter Widerstand aus liberalen und linken Kreisen.

Eine Gruppierung von SP-Politikern, linksliberalen Professoren und Lehrern schaltet sich mit einer 30-seitigen Streitschrift in die Debatte ein. «Einspruch!» lautet der Titel der Kampfbrochüre.

Die Oppositionsgruppe agiert unter Federführung des Bieler Lehrers und GLP-Politikers Alain Pichard, der bereits das lehrplankritische Memorandum «550 gegen 550» initiierte. Zum rund 20-köpfigen Autorenteam der Streitschrift gehören die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz, der ehemalige Parteipräsident der SP Basel, Roland Stark, sowie Walter Herzog, emeritierter Professor am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Bern, und Roland Reichenbach, Zürcher Uniprofessor und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung. Zu Wort melden sich auch die Politologin Regula Stämpfli, der Publizist Beat Kappeler, der Philosophieprofessor Peter Bieri, Autor des Bestsellerromans «Nachtzug nach Lissabon», sowie Bestsellerautor Remo Largo.

## **Öffentliche Debatte wurde nie geführt**

Der neue Lehrplan werde durchgedrückt, «ohne dass irgendein Parlament oder eine demokratisch legitimierte Instanz dazu irgendetwas sagen konnten», lautet die Kritik. Der neue Bildungsentwurf sei politisch nicht legitimiert. Es handle sich um ein behördlich in die Welt gesetztes Dokument – eine öffentliche Debatte habe nie stattgefunden.

Bisher war der Lehrplan 21 ein Expertenprojekt, das vor allem die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) interessierte. Die Zentralinstanz des Schweizer Bildungsföderalismus verordnet den Schulen mit dem neuen Regelwerk eine Radikalkur. In allen 21 Deutschschweizer Kantonen soll künftig ein einheitlicher Lehrplan gelten.

Gleichzeitig hält in den Schulstuben ein neues Bildungssystem Einzug: Der Lehrplan beschreibt nicht mehr, welche Inhalte die Lehrer unterrichten sollen, sondern welche «Kompetenzen» die Schüler beherrschen müssen.

Nach offizieller Zählung enthält der neue Lehrplan 363 Kompetenzen und 2304 Kompetenzstufen. Dabei sollen nicht mehr Lösungen von Problemen gelehrt werden, sondern der Prozess des Problemlösens. Die Schüler sollen nicht Wissen lernen, sondern «reflektieren». Das Modewort findet sich im 480-seitigen Werk nicht weniger als 146-mal. Auch sonst zeigt sich der Lehrplan auf der Höhe des Zeitgeists: Der Begriff «nachhaltig» taucht 76-mal auf. Die Kritiker zweifeln, ob sich Kompetenzen überhaupt so aufbauen lassen, wie es der Lehrplan vorgibt. «Es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, die das belegt», sagt Alain Pichard. Der Bieler Lehrer und seine Mitsstreiter fürchten vor allem, dass künftig «Standardisierung und Testerei» den Schulalltag prägen werden. Denn der Lehrplan schafft die Voraussetzung für nationale Leistungskontrollen. «Es ist absehbar, dass im Unterricht nur noch behandelt wird, was zum guten Abschneiden in den Tests nötig ist», sagt Pichard.

Das sogenannte selbst gesteuerte Lernen sei im Lehrplan 21 Trumpf, kritisiert die Opposition weiter. Das benachteilige ausgerechnet die schwachen Schüler. Mit ihrer Streitschrift, die in einer Auflage von 1000 Exemplaren gedruckt wird, wollen die Lehrplankritiker eine «längst fällige öffentliche Diskussion» anstossen. Kein bisher bekannter Lehrplan mache «dermassen rigide Vorgaben» wie das neue Regelwerk, halten sie fest. Diese «überbordende Detailliertheit» zeige, dass der Lehrplan zu einem «Kontrollorgan» umfunktioniert werden solle, um Einfluss auf die Unterrichtsgestaltung zu nehmen. Der Lehrplan 21 «ist Auswuchs einer Bildungspolitik, die sich masslos überschätzt, ihre Kompetenzen sträflich überschreitet und der Schule damit mehr Schaden als Nutzen zufügt», sagt der Erziehungswissenschaftler Walter Herzog.

## **Es droht ein grosser Flickenteppich**

Bereits in 13 Kantonen laufen Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21. Das jüngste Beispiel: Im Kanton Zürich wurde die Initiative am Freitag eingereicht. In den Komitees sitzen besorgte Eltern, skeptische Lehrer und Politiker mit SVP-Parteibuch.

Die Argumente der Volkspartei gegen den Lehrplan sind teilweise die gleichen, wie sie jetzt linksliberale Kreise formulieren: praxisferne, umstrittene Kompetenzorientierung, massive Eingriffe in die Methodenfreiheit der Lehrer und steigende Kosten. Bereits heute leistet sich die Schweiz weltweit eines der teuersten Bildungssysteme. Der neue Lehrplan bringe einen weiteren Kostenschub, sagt Pichard: «Das Geld fliesst in Strukturreformen, Weiterbildungen, Testentwicklung und neue Lehrmittel. Es fliesst in die Taschen der Pädagogischen Hochschulen und von Bildungsexperten.»

Die Schweizer Bevölkerung hat 2006 Ja gesagt zu einer Harmonisierung der Schulen. Eine Annäherung der Bildungssysteme sollte verhindern, dass in Zukunft ein Umzug von einem Kanton in den anderen für Eltern und Kinder in einem Bildungsfiasco endet. Die Schweizer stimmten einem Verfassungsartikel zu, der vorsieht, dass das Schuleintrittsalter, die Dauer der Schulstufen, deren Ziele und Übergänge einheitlich sein sollen. Von einem Reform-Lehrplan, der nicht mehr auf Inhalte, sondern auf Kompetenzen beruht, war nicht Rede.

Bislang, so Pichard, werde jede Kritik am Lehrplan 21 «in die konservative Ecke gestellt» und als «konservative Meinungsmache schubladiert». Die Kampfansage von links soll das nun ändern.

[http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz\\_29\\_11\\_2015/nachrichten/Diese-Rechnung-geht-nicht-auf-50213](http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_29_11_2015/nachrichten/Diese-Rechnung-geht-nicht-auf-50213)